

Einwohnerrat Pratteln

Votenprotokoll Nr. 439

Einwohnerratssitzung vom Montag, 9. Februar 2015, 19.00 Uhr in der alten Dorfturnhalle

Anwesend	34 Personen des Einwohnerrates 7 Personen des Gemeinderates
Abwesend entschuldigt	Einwohnerrat: Philippe Doppler, Dominique Häring, Martina Häring, Roland Kuny, Fredi Wiesner, Fabienne Zahnd Birri Gemeinderat: -
Vorsitz	Benedikt Schmidt, Präsident
Protokoll	Joachim Maass
Weibeldienst	Martin Suter

Geschäftsverzeichnis

1.	Beantwortung Postulat der SP-Fraktion, Christine Gogel, betreffend „Grünabfuhr auch im März wöchentlich“	2879
2.	Interpellation der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Patrick Weisskopf, betreffend „Geruchsbelästigungen durch die ARA Rhein“	2907
3.	Postulat der SP-Fraktion, Gert Ruder, betreffend „Die ARA Rhein stinkt, was will Pratteln tun?“	2918
4.	Postulat der FDP-Mitte-Fraktion, Andrea Klein, betreffend „Archivierung & Nachverfolgbarkeit“ von ER-Geschäften	2909
5.	Tätigkeitsbericht der GPK zum Amtsjahr 2013 – 2014	2911
6.	Interpellation der FDP-Mitte, Andrea Klein, betreffend „Asylstrategie“	2916
7.	Teilrevision Jugendreglement – 1. Lesung	2917
8.	Fragestunde (nach der Pause)	

Begrüssung durch Benedikt Schmidt, Präsident

Liebe Gäste im Publikum, liebe Presse, lieber Gemeinderat und liebe Kolleginnen und Kollegen im Einwohnerrat. Ich begrüsse sie zur ersten Sitzung des Einwohnerrates im Jahr 2015. Es handelt sich um die 439. Sitzung. Besonders begrüsse ich unseren neuen Einwohnerrat Hacı Deli, der für Claudio Rossi nachgerückt ist. Ich hoffe, dass nach den kantonalen Wahlen, die doch einige Überraschungen, Verluste und Gewinne, brachten, sich nun alle auf die kommunale Politik konzentrieren.

Präsenz

Es sind zurzeit 34 Personen des Einwohnerrates anwesend und der Rat ist beschlussfähig. Das einfache Mehr beträgt 18, das 2/3-Mehr 23 Stimmen.

Mitteilungen

- **Reklamereglement:** Das vom Einwohnerrat Pratteln am 27. Oktober 2014 beschlossene Reklamereglement (Geschäft Nr. 2096) wurde mit einer Ausnahme von § 32 Abs. 2 vom Regierungsrat BL genehmigt und damit allgemein verbindlich erklärt. Der § 32 Abs. 2 betrifft das Rechtsmittel und muss bei einer nächsten Revision angepasst werden, da es im Gemeindegesetz auf den 1. Januar 2015 eine Änderung gab. Das Reklamereglement wird per 1. März 2015 in Kraft gesetzt.
- Die vorsorgliche Beschwerde des Gemeinderates gegen den Beschluss des Einwohnerrates zur **Sondervorlage Realisierung Quartierplan Bahnhofplatz** (Geschäft Nr. 2884) wurde mit Verfügung der Finanz- und Kirchendirektion BL durch Rückzug als erledigt abgeschrieben.
- Die vom Einwohnerrat Pratteln am 30. Juni 2014 beschlossene und am 30. November 2014 an der Urne angenommene **Änderung der Gemeindeordnung** (Geschäft Nr. 2882) wurde vom Regierungsrat BL genehmigt und damit allgemein verbindlich erklärt. Die neue Gemeindeordnung ist rückwirkend per 1. Januar 2015 in Kraft getreten.
- **Philippe Doppler** ist für die Sitzung entschuldigt, weil heute sein Sohn zur Welt gekommen ist. Herzlichen Glückwunsch.
- **Dominique Häring** ist für die heutige Sitzung ebenfalls entschuldigt und daher hat Stephan Bregy ihre Rolle übernommen.

Neue parlamentarische Vorstösse

- Interpellation der SP-Fraktion, Kurt Lanz, betreffend „Grundwasserschutzzone Löli“ vom 5. Februar 2015.
- Interpellation der SP-Fraktion, Christine Gogel, betreffend „Rückkehr der Firma Häring nach Pratteln“ vom 9. Februar 2015.
- Postulat der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Christoph Zwahlen, betreffend „Sinnvolle Kindergarten- und Schulräume für die Quartiere“ vom 9. Februar 2015.

Bereinigung des Geschäftsverzeichnisses

Es gibt keine Bemerkungen zum zugestellten Geschäftsverzeichnis und daher wird nach dem zugestellten Geschäftsverzeichnis verfahren.

Beschlüsse

Geschäft Nr. 2879

Beantwortung Postulat der SP-Fraktion, Christine Gogel, betreffend „Grünabfuhr auch im März wöchentlich“

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 28. Oktober 2014

GR Stefan Löw: Der Beantwortung des Postulates können sie entnehmen, dass es erfüllt wurde. Wir mussten seinerzeit bei der Einreichung des Postulates die Ausschreibung sowieso erneuern und haben dies in die Ausschreibung einfließen lassen. Uns wurde eine kostenneutrale Ausführung zugesichert, sodass die wöchentliche Grünabfuhr auch im März durchgeführt werden kann. Dies wird so stattfinden und ich denke, das Postulat ist erfüllt.

Christine Gogel (Postulantin): Ich danke dem Gemeinderat für die positive Antwort und freue mich, dass mein Vorschlag auf so fruchtbaren Boden gefallen ist und so schnell umgesetzt wird.

Abstimmung

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Das Postulat Nr. 2879 wird als erfüllt abgeschrieben.

Geschäft Nr. 2907

Interpellation der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Patrick Weisskopf, betreffend „Geruchsbelästigungen durch die ARA Rhein“

Aktenhinweis

- Interpellation der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Patrick Weisskopf, betreffend „Geruchsbelästigungen durch die ARA Rhein“ vom 20. Oktober 2014

GP Beat Stingelin: Frage 1: Aus welcher Firma stammte das eingeleitete Produktionsabwasser? Die Ursache ist verschieden. Einleiter ist ganz klar CABB. Frage 2: Wo fand die Produktion statt? Die Produktion der Geruchsstoffe selber fand in der ARA statt. Basis für die Geruchsstoffe stammen von CABB. Frage 3: Welches Abfallprodukt stinkt so saumässig? Die stark stinkenden Stoffe sind: Dimethylsulfid, Dimethyldisulfid, Stoffgruppe der Methylmercaptane, Schwefelwasserstoff. Alle diese Stoffe sind extrem geruchsinintensiv. Frage 4: Seit wann werden diese oder ähnliche Produktionsabwässer in die ARA in Pratteln eingeleitet? Das Produktionsabwasser wurde bereits seit 10 Jahren eingeleitet, wobei die Mengen in den letzten 5 Jahren konstant waren. Frage 5: Wie lange dauern die baulichen Massnahmen und wer kommt für die Kosten auf? Die baulichen Massnahmen dauern bis Ende 2016; die Kosten werden von der ARA-Rhein bzw. den beteiligten Chemiefirmen und auch dem Kanton übernommen. Frage 6: Wo wird das Produktionsabwasser nun zwischengelagert oder wurde die Produktion gestoppt? Es wird wei-

tergearbeitet. Das Produktionsabwasser wird bei CABB zwischengelagert. Eine Vorbehandlung in der AVORA des INFRAPARK BASELLAND zur Umwandlung in unkritische Abwasserkomponenten wurde geprüft und ist machbar. Frage 7: Wie wird die Gemeinde für die massiven Geruchsbelästigungen der letzten Jahre entschädigt? Es sind keine Entschädigungsleistungen vorgesehen. Es ist einiges gegangen und geht weiter und ich kann sagen, dass der Gemeinderat anfangs März mit der ARA-Rhein zusammenkommen wird, an der er weitere Informationen erhalten wird und auch, welches der genaue Zeitplan für die Sanierung sein wird. Im Moment haben wir Ruhe bzw. es stinkt nicht, aber gerade letzte Woche hat es gerochen.

://: Der Rat beschliesst einstimmig Diskussion.

Diskussion

Patrick Weisskopf: Ich danke GP Beat Stingelin sehr für die Beantwortung dieser Fragen. Wie ihr wisst, wurden die Fragen im Oktober eingereicht, was ja schon etwas länger her ist. GP Beat Stingelin hat sich sehr stark eingesetzt, die Fragen zu beantworten und man konnte immer wieder etwas hören oder lesen, auch im Internet. Dies war vorbildlich. Wen man in Pratteln herumhört, wird gesagt, dass wir schon seit mehreren Jahren einen ähnlichen Geruch haben und die Antworten heute haben gezeigt, dass dieser Geruch seit 10 Jahren existiert bzw. die entsprechenden chemischen Stoffe, die Methylsulfide, die schon in geringen Mengen stinken. Viele der Einwohner haben sich in Leserbriefen beschwert oder die Geruchsmeldestelle angerufen, wurden nicht ernst genommen und diesen Sommer ist das Fass übergelaufen. Ich habe die Frage gestellt, wo die Produktion stattgefunden hat, habe aber nicht an die ARA selber gedacht, wo die Stoffe umgesetzt werden und das Abwasser zum Kippen. Mich interessiert, ob es hier in der Region produziert oder von der ARA zugekauft und hier gereinigt wird, weil unsere Abwasseranlagen hierfür gut geeignet sind. Falls das Abwasser wirklich zugekauft wurde, bin ich ärgerlich, dass man nicht schon früher eingegriffen und die Gerüche verhindert hat. Es hat öffentlichen Druck gebraucht, was wir auch im Landrat gesehen haben, bis die Informationen herausgetröpfelt sind. Man wollte dies lange Zeit unter den Tisch kehren. Ich hoffe, dass unser Gemeinderat im Namen der Einwohner dran bleibt, damit wir nächstes Jahr in Ruhe auf den Sportplätzen Sandgruben und dem Schwimmbad ohne Gestank sein können und man nicht, wenn man in Pratteln am Bahnhof aussteigt, das berühmte „Eau de Toilette de Pratteln“ riecht.

GP Beat Stingelin: Die ARA kauft kein Fremdwasser dazu. Sie nimmt nur das Wasser an, das eingeleitet wird. Zukauf macht Clariant im INFRAPARK BASELLAND. Die ARA selber kauft keine Abwasser dazu; die Abwasser werden immer von einer anderen Firma der Chemie eingeleitet.

Die Interpellation Nr. 2907 ist beantwortet.

Geschäft Nr. 2918

Postulat der SP-Fraktion, Gert Ruder, betreffend „Die ARA Rhein stinkt, was will Pratteln tun?“

Aktenhinweis

- Postulat der SP-Fraktion, Gert Ruder, betreffend „Die ARA Rhein stinkt, was will Pratteln tun?“ vom 8. Dezember 2014

GP Beat Stingelin: Der Gemeinderat nimmt dieses Postulat gerne entgegen.

Gert Ruder (Postulant): Es freut mich, dass der Gemeinderat bereit ist, das Postulat zu übernehmen und es würde mich noch mehr freuen, wenn auch ihr, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, es ebenso macht. Ich nehme zu drei Punkten Stellung: 1. Vertrauen und Verantwortung, 2. Ruf und Image von Pratteln, 3. Regieren oder Nichtregieren.

1. Vertrauen und Verantwortung: Dies haben wir alle. Sie als gewählte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte und dazu gehöre auch ich. Sie haben das Vertrauen ihrer Wählerschaft und Verantwortung genau Denen gegenüber, die sie gewählt haben. Geschäftsleitung und Verwaltungsrat der ARA-Rhein hatten auch lange Zeit über Vertrauen genossen. Sie haben das Vertrauen immer wieder strapaziert und nicht nur in den 10 Jahren, die vorhin Patrick Weisskopf und der Gemeindepräsident erwähnt haben, sondern auch in den 30 Jahren vorher. Es hat immer und immer wieder aus dieser ARA gestunken aus ganz verschiedenen Gründen: aus technischem Unvermögen, aus Fehlmanipulationen oder was auch immer. Was jedoch letzten Sommer und Herbst passiert ist, hat alle Rahmen der Erträglichkeit gesprengt und war eindeutig zu viel. Die Eigenverantwortung, die dieses Unternehmen für sich in Anspruch nimmt, indem alle einleitenden Firmen in der Geschäftsleitung und auch im Verwaltungsrat vertreten sind, ist offensichtlich gescheitert. Es ist ein Unvermögen dieser Firma, wenn sie nach 40 Betriebsjahren oder nach 10 Jahren üben immer noch nicht wissen, was man machen muss, wenn man der Medienmitteilung entnimmt, dass sie nach 40 Betriebsjahren noch externe Experten brauchen, um ein technisches Problem zu lösen. Dies ist nicht das, was wir als Einwohner und politisch verantwortliche Person in den Funktionen als Einwohnerrat und Gemeinderat erwarten. Die ARA-Rhein hat das Vertrauen und die Verantwortung missbraucht und das Vertrauen verspielt. Was ist daraus entstanden? 2. Ruf und Image von Pratteln: Der Ruf von Pratteln hat massiven Schaden erlitten. Bis Mitte letztes Jahr konnte man sagen, dass sich Pratteln absolut positiv entwickelt und eine moderne, attraktive Wohngemeinde im Agglomerationsgürtel von Basel wird. Mit dieser über Monate andauernden Stinkerei hat sich dies wesentlich verändert. Ein Beispiel: Meine Frau kam im letzten Herbst nach Hause und hat erzählt, was sie im Tram gehört hat: Zwei Personen, die sich schon längere Zeit nicht mehr gesehen haben, haben sich miteinander unterhalten und eine Person sagt „Was, du wohnst auch in Pratteln, das wusste ich gar nicht“ und die andere sagt „Wenn es noch lange so stinkt, bin ich schnell wieder weg“. Dies ist Fakt und Tatsache während der Stinkerei in Pratteln. Heute, wo intensiv gebaut wird und wir uns freuen können, wieder eine Bevölkerungszunahme zu haben, ist das, was die ARA-Rhein gelistet hat, unter aller Würde. Der Ruf von Pratteln hat Schaden genommen. Schaden genommen hat auch, und da kommen wir zum dritten Punkt, der Regierung. 3. Regieren oder Nichtregieren: Ich sage, regieren oder nichtregieren oder regieren und sich nur präsentieren. Präsentieren dann, wenn es um Filetstücke in diesem Kanton geht, wenn man zeitgünstig vor den Wahlen noch einen privaten Arealentwickler installiert, um das Gefühl in Pratteln zu verbreiten, man mache die Arbeit nicht richtig und man müsse das Filetstück Salina Raurica, das zufälligerweise gerade neben der stinkigen ARA ist, sofort vom Kanton aus entwickeln helfen. Als es aber gestunken hat, hat man von den Regierungsräten nichts gehört, nur den Amtsvorsteher geschickt und als dieser seinen Job machen und der ARA die Betriebsbewilligung entziehen wollte, haben sie ihn wieder zurückgepfiffen. Wer hat die Verantwortung in der Regierung übernommen? Niemand. Der Gemeindepräsident hat sicher auch 155 Telefonanrufe erhalten und 155 Telefonanrufe gab es auch bei der Wirtschaftsförderung, allerdings nur Anfragen am

Welcomedesk über die Entwicklung von Salina Raurica. Von neuen Investoren usw. haben wir nichts gehört, aber das wundert nicht, wenn es so stinkt. Dann soll es noch länger als ein Jahr dauern, also bis Ende 2016, bis die technischen Probleme gelöst sind. Dies ist doch der Hammer und der Gipfel. So bitte ich euch, Kolleginnen und Kollegen, nehmt doch ihr eure Verantwortung den Prattler Wählern gegenüber wahr, unterstützt das Postulat und lasst den Gemeinderat berichten, ob es nicht möglich ist, beim Kanton Druck aufzusetzen bei diesen drei von mir aufgezeigten Varia und daher bitte ich um Überweisung des Postulates.

Andreas Seiler: Die Unzufriedenheit mit der ARA-Rhein können wir in der Fraktion-FDP-Mitte gut verstehen. Das Postulat jedoch, in dem eine Verbindung zum Finanzausgleich hergestellt wird, sehen wir als unseriös an. Der Finanzausgleich ist nicht eine Zahlung an den Kanton, die wir zurückhalten sollen oder können. Erstens gibt es eine gesetzliche Grundlage und zweitens geht es hier um die Unterstützung von Gemeinden, die ein weniger günstiges Steueraufkommen haben als wir in Pratteln. Wir sind darum dagegen, das Postulat zu überweisen, was nicht heisst, dass wir dagegen sind, Druck in der Sache ARA-Rhein zu machen, aber den Finanzausgleich bzw. diese Zahlung zurückzuhalten, ist keine gute Idee und ich weiss nicht, ob es gerade gestunken hat, als du diese Idee hattest. Wir sind für Nichtüberweisung dieses Postulates.

Patrick Ritschard: Die SVP-Fraktion ist ebenfalls für Nichtüberweisung. 86 % der ARA gehört der Chemie und nicht dem Kanton. Wir reden hierin immer vom Verursacherprinzip und wenn ich das Postulat anschau, sehe ich, dass nicht auf die Chemie losgegangen, sondern versucht wird, nur den Kanton in die Pflicht zu nehmen, was für mich nicht der richtige Weg ist. Das Postulat ist abzulehnen, weil es nicht sein kann, dass man den Finanzausgleich versucht zu sperren, bei dem es sich um ein Ausgleichsinstrument unter den Gemeinde handelt und der Kanton sowieso nur 14 % an der ARA besitzt.

Patrick Weisskopf: Wir unterstützen das Postulat und sind für Überweisung. Die Beantwortung der Fragen hat gezeigt, dass man das Abwasser behandeln kann und dies mit Kosten verbunden ist. Nun kann man sich fragen, ob der Kanton seine Aufsicht im Verwaltungsrat wahrnimmt und Druck auf seine Mitverwaltungsräte ausübt. In diesem Fall wird es funktionieren und ich bin überzeugt, das Abwasser wird von der CABB behandelt. Wenn er diese Verantwortung jedoch nicht wahrnimmt und die Kosten optimieren will, werden wir es wieder stinkend haben. Darum braucht es etwas, das beim Kanton mehr Druck aufsetzt. Unglücklicherweise haben wir in unserem Abfallreglement kein Instrument, dagegen etwas zu unternehmen. Da gibt es nur etwas gegen Lärm, aber nicht gegen schlechte Gerüche.

Kurt Lanz: Unbestritten ist, dass es Gert Ruder nicht darum geht, dass wir uns dem Finanzausgleich verweigern. Der Finanzausgleich ist ein sozialdemokratisches Anliegen. Wir haben ihn früher bezogen und geben ihn heute weiter. Wenn wir Schadenersatz wollen, ist es wie bei den Handwerkern: Wenn ich die Rechnung bezahlt habe, interessiert es niemanden mehr, ob mein Schaden in Ordnung kommt. Solange ich etwas zurückbehalte, wird die Arbeit in Ordnung gebracht und dann zahle ich den Rest. Dies ist das Prinzip, das Gert Ruder anwendet und nicht, dass wir als Gemeinde Pratteln den Finanzausgleich nicht zahlen wollen; dies liegt uns Sozialdemokraten fern. Warum der Vorwurf an die Regierung? Wer, wenn nicht die Vertreter der Regierung im Verwaltungsrat, soll die Gemeinden vertreten? Dies ist etwas, dass wir vom Regierungsrat erwarten dass er seine Pflicht wahrnimmt und die Gemeinden vertritt. Da habe ich nicht gehört, was ganz konkret vom Regierungsrat unternommen wurde, damit die ARA nicht mehr stinkt. Vielleicht hat man es im Oberen Baselbiet oder im Laufental nicht gerochen. Dies sind die Punkte, um die es Gert Ruder geht und nicht, den Finanzausgleich nicht zu zahlen. Daher bitte ich um Überweisung des Postulates.

Urs Hess: Dass es stinkt und eine Sauerei ist, ist jedem klar und darüber haben wir hierin schon früher diskutiert. Dass man Massnahmen eingeleitet hat, haben wir auch fest-

gestellt. Wenn nun Gert Ruder kommt und sagt, der Regierungsrat oder die Verwaltung würden die ARA nicht einstellen und ihren Mann zurückbinden, wäre Gert Ruder der Erste, der sagen würde „Warum sind 3'000 Arbeitsplätze frei geworden? Warum dürfen diese Leute nicht mehr arbeiten?“ Für mich ist das Postulat ein Kindergartenvorstoss und ich sage ehrlich. Wenn du mir nichts gibst, gebe ich dir auch nichts - es könnte sogar eine Retourkutsche geben, weil der Kanton immer noch viel Geld an die Gemeinde Pratteln zahlt. So wollen wir nicht miteinander umgehen und deshalb lehnen wir das Postulat ab.

Gert Ruder: Ich bedanke mich bei Urs Hess für sein pointiertes Votum. Wenn er sich im Kindergarten fühlt, ist es sein Recht. Wir sind kein Kindergarten und haben Fug und Recht, Vorstösse zu machen und auch, uns hier zu äussern, ob es dir nun in den Kram passt oder nicht. Ich bitte sie noch einmal, überweisen sie das Postulat und geben sie dem Gemeinderat die Chance, eine fundierte Antwort zu geben. Der Gemeinderat erhält hiermit die Chance, ein kleines, bescheidenes Druckmittel zu erhalten genau der Regierung gegenüber, die ihren Job so gut in dieser Frage nicht gemacht hat.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit 17 Ja zu 16 Nein bei 1 Enthaltungen:

://: Das Postulat Nr. 2918 wird an den Gemeinderat überwiesen.

Geschäft Nr. 2909

Postulat der FDP-Mitte-Fraktion, Andrea Klein, betreffend „Archivierung & Nachverfolgbarkeit“ von ER-Geschäften

Aktenhinweis

- Postulat der FDP-Mitte-Fraktion, Andrea Klein, betreffend „Archivierung & Nachverfolgbarkeit“ von ER-Geschäften “ vom 20. Oktober 2014

GP Beat Stingelin: Auch dieses Postulat nimmt der Gemeinderat entgegen. Wir begreifen, dass man die Rückverfolgbarkeit der Geschäfte verbessern und die nötigen Links einbauen kann. Ob es möglich ist, alles im Postulat Gewünschte zu verlinken, bezweifle ich. Andererseits kann man es machen. Wenn es bei den grossen Plänen den PC sprengt, ist das ein technisches Problem von euch und wenn ihr einen Plotter braucht, auch. Aber wir geben uns Mühe, es zu machen.

Andrea Klein: Ich freue mich sehr, wenn auch der Rat zustimmen würde. Wer später ein Problem mit dem Ausdrucken der Pläne hat, kann zu mir kommen, weil wir Plotter im Büro haben. Es handelt sich um eine Kosten-Nutzen-Analyse und sie muss Sinn machen. Ich habe doch bei meinen Recherchen als Neue hier im Rat viele Situationen erlebt, in denen es keine Querverlinkungen gibt. Es würde nicht nur uns im Einwohnerrat etwas bringen, sondern auch Transparenz für unsere Bewohner in Pratteln, wenn sie etwas suchen und so schneller zum Ziel kommen. Sicher ist es so, dass die heutige Webseite einen sehr guten Anfang in Bezug auf elektronische Archivierung darstellt, aber Technik und Möglichkeiten haben sich in der Zwischenzeit geändert und mit etwas mehr Anstrengung in diesem Bereich ist uns allen gedient.

Mauro Pavan: Ich finde die Homepage, so, wie sie jetzt ist, recht gut und hatte auch schon Mühe, wenn ich nach einem wirklich alten Geschäft gesucht habe, vor allem,

wenn der genaue Titel nicht bekannt war und ich auch nicht wusste, wann es schon einmal traktandiert war. Vielleicht ist es übertrieben, sämtliche alten Geschäfte zu digitalisieren, aber es handelt sich um ein Postulat und der Gemeinderat kann prüfen und berichten, dass er es so und so umsetzen will. Wahrscheinlich wäre das Verlinken der alten Geschäfte wirklich aufwändig, weil einfache Scans nicht ausreichend sind. Wünschenswert wäre zumindest, wenn man eine vollständige Liste mit allen jemals behandelten Geschäften hätte und vielleicht die alten Traktandenliste. Wir sind für Überweisung dieses Geschäftes.

Emil Job: Die Fraktion der Unabhängigen und Grünen ist auch für Überweisung dieses Geschäftes. Auch wir haben manchmal Mühe, die Geschäfte wieder zu finden, vor allem in der Verlinkung zwischen 1. und 2. Lesung oder wenn ein Geschäft nach Jahren wieder in den Einwohnerrat kommt, weil es irgendwo gelagert wurde. Es ist dann sehr schwer nachzuvollziehen und wir hätten schon oft eine solche Hilfe brauchen können. Heute muss man alles über mühsame Recherchen herausfinden. Ob die alten Geschäfte so aufgearbeitet werden können, bezweifeln wir. Aber der Vorschlag von Mauro Pavan, mindestens die Traktandenliste zu haben, ist sinnvoll,

Abstimmung

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Das Postulat Nr. 2909 wird an den Gemeinderat überwiesen.

Geschäft Nr. 2911

Tätigkeitsbericht der GPK zum Amtsjahr 2013 – 2014

Aktenhinweis

- Tätigkeitsbericht der GPK zum Amtsjahr 2013 – 2014 vom 3. November 2014

Christian Schäublin als Präsident der GPK: Vor ihnen liegt der Tätigkeitsbericht der GPK über den Zeitraum vom Juli 2013 bis Juni 2014. Wir hatten im vergangenen Amtsjahr zwei personelle Wechsel in der Besetzung der Kommission. Neu kamen Rosa Calicchio und Albert Willi dazu. Der Bericht wurde von der GPK einstimmig verabschiedet. Während des Amtsjahres hat die GPK an 10 Sitzungen verschiedene Geschäfte behandelt. Das zweite Jahr dieser Legislatur war geprägt durch die Weiterführung begonnener Prüfungen, aber auch durch aktuelle Ereignisse, die die GPK beschäftigten und uns veranlasst haben, uns in weitere Prüfgebiete zu vertiefen. Einmal mehr haben sich die knappen zeitlichen Ressourcen bei den Mitgliedern der GPK bemerkbar gemacht und dementsprechend konnten wir verschiedene Themen und Prüfungen nur anstossen. Ich danke allen Mitarbeitenden der Gemeinde Pratteln und dem Gemeinderat herzlich und auch meinen GPK-Kolleginnen und Kollegen für die gute Zusammenarbeit im vergangenen Amtsjahr. Aus aktuellem Anlass rede ich zum Thema „Umsetzung Tempo-30 und Parkierungsreglement“: Wir möchten damit zeigen, dass die GPK das Problem auch erkannt hat und nicht untätig ist, wenn man sie auch lässt. Im Herbst hat die GPK aufgrund der Brisanz dieses Thema aufgegriffen und quasi als Pflicht gesehen, im Namen der Prattler Bevölkerung das umstrittene Thema in den Fokus zu stellen und Fragen zu stellen. Die Fragen wurden abgeschickt, aber bis heute durch den Gemeinderat nicht beantwortet. Dafür erhielten wir vom Gemeinderat ein juristisches Gutachten, in dem stand, was die GPK darf und zu welchem Zeitpunkt wir Geschäfte prüfen dürfen und wann nicht. Dies im Hinblick auf laufende und abgeschlossene Geschäfte. Formaljuristisch mag der Gemeinderat damit recht haben. Ist es nicht so, dass, wenn man nur mit §§ argumentiert, meistens die Argumente fehlen oder man etwas zu ver-

heimlichen hat? Die GPK hat den Eindruck, dass sich der Gemeinderat hinter dem Gesetz versteckt, statt Auskunft zu geben und die Situation zu klären. Die gesamte GPK, damit sind alle sieben Mitglieder gemeint, sind über dieses Vorgehen erstaunt, wollten sie doch Licht in das zweifellos umstrittene Thema bringen. Wir sind in diesem Fall mit der Haltung des Gemeinderates und dem Umgang mit der GPK nicht einverstanden und sehen dies als Behinderung der Arbeit der GPK an. Eine Aussprache mit dem Gemeinderat brachte auch keine Klärung. Wir sind als GPK enttäuscht und dass der Gemeinderat nicht kooperativer und konstruktiver mit diesem Thema umgeht. Wir werden dranbleiben.

Roger Schneider: Die Fraktion der Unabhängigen und Grünen Pratteln bedankt sich bei der GPK für ihren Tätigkeitsbericht und auch beim Präsidenten der Kommission für die Arbeit zusammen mit den Subkommissionen. Wir haben gesehen, dass interessante und spannende Themen aufgegriffen werden und sind auf die Resultate in einem Jahr gespannt. Zum zweiten Teil äussere ich mich nicht gross, weil es nicht Bestandteil des Tätigkeitsberichtes bis Juni 2014 ist. Wir haben mit der realen Klimaveränderung genug zu tun und ich hoffe nicht, dass das Klima zwischen GPK und Gemeinderat schlechter wird. Als wir den Bericht zum Amtsbericht hierin besprochen haben, mussten wir feststellen, dass es zwischen GPK und Gemeinderat kein Treffen gab, was wir bedauert haben. Als ich in der GPK war, war dies standardmässig jedes Jahr und ich hoffe, dass es in Zukunft zwischen GPK und Verwaltung weiter so läuft.

Urs Hess: Auch die SVP dankt der GPK für die Arbeit. Die GPK hat einen tollen Bericht abgeliefert, was nicht immer so war und man kann viel daraus entnehmen. Schade ist, dass der Gemeinderat die GPK als Obergerichtskommission nicht akzeptieren oder wahrhaben will. Dies zeugt von grosser Arroganz, aber das haben wir schon früher gesehen und es kommt immer vor und der Gemeinderat fühlt sich als König und ist nicht an einem Zusammenschaffen interessiert.

Mauro Pavan: Gute Absichten in Ehren. Die GPK hat auch aus meiner Sicht eine Aufsichtsfunktion über den Gemeinderat. Wenn die GPK unter der Führung der Law-and-Order-Partei SVP anfängt, den Rechtsstaat infrage zu stellen, habe ich damit Mühe.

Christine Gogel: Die SP-Fraktion nimmt den Tätigkeitsbericht der GPK zur Kenntnis und wir sehen, dass innerhalb der Subkommissionen viel geschafft und geprüft wurde. Für dieses Engagement danken wir der GPK. Zu Punkt 4.3 „Geplante Prüfungen“ haben wir noch die Anmerkung, dass wir in der SP-Fraktion der starken Meinung sind, es sollen nur abgeschlossene Projekte geprüft werden. Der Tätigkeitsbericht geht bis zum Juni 2014 und während einer Umsetzungsphase soll die GPK nicht eingreifen. Die geplanten Prüfungen zu Tempo-30 und dem Parkierungsreglement sollen daher erst nach der Einführung erfolgen. Gut finden wir auch die Überprüfung der KESB-Schnittstelle.

Peter Häring: Auch wir von der FDP-Mitte-Fraktion danken der GPK für ihre Arbeit und sind der Meinung, dass die abgeschlossenen und laufenden Prüfungen relevante Themen aufgreifen. Gespannt bin ich aufgrund der Ausführungen des Präsidenten, was bei den „geplanten Prüfungen“ später resultieren könnte. Wir sind für Kenntnisnahme.

Marc Bürgi: Ich glaube, vorher ist Mauro Pavan ein wenig entgleist, was einerseits die Führung der GPK betrifft und auch die grundsätzliche Aufgabe. Es ist nicht die SVP, die irgendwie als Oberkontrollbehörde etwas bewegen will, was nicht dem Recht entspricht. Im Gegenteil. Es sind 7 Personen in der GPK und der Meinung, dass etwas nicht stimmt und ich sage nun auch warum: Im Gemeindegesetz steht klar, dass die GPK in alle Akten sämtlicher Organe Einsicht nehmen darf, soweit sie dies zur Erfüllung ihres gesetzlichen Auftrages notwendig ist. Es ist richtig, dass man sagen kann, dass man in ein laufendes Geschäft keine Einsicht nehmen kann. Ich zitiere *„Soweit es zur Wahrung schutzwürdiger privater Interessen, zum Schutze der Persönlichkeit oder aus Rücksicht auf ein hängiges Verfahren unerlässlich ist, können die Organe und Verwaltungsstellen anstelle der Herausgabe von Akten einen besonderen Bericht erstatten“*. In diesem

Fall einer Umsetzung dessen, was die Bevölkerung beschlossen hat, kann man es nicht mit einem laufenden Verfahren vergleichen, und mit Verfahren ist in diesem Fall ein juristisches Verfahren gemeint. Dies ist die Wortklauberei, der wir in der GPK im Moment ausgesetzt sind und wir behaupten, aufgrund dessen verweigere der Gemeinderat die Auskunft. Unter „Befugnis“ Abs. 2 steht auch klar *„Die Mitglieder der Organe und der Verwaltungsstellen sind verpflichtet, der GPK Auskunft zu erteilen“* und mit diesem Wissen setzt die GPK als oberstes Aufsichtsorgan des Einwohnerrates ihre Tätigkeit um. In Zukunft werden wir weiterhin in einer konstruktiven Zusammenarbeit versuchen, auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen. Ich betone, dass wir unsere Aufgaben wahr und ernst nehmen und die vorher doch pauschale Aburteilung weise ich hier zurück.

GP Beat Stingelin: Es ist nicht üblich, dass sich der Gemeindepräsident zum Tätigkeitsbericht der GPK äussert. Es hat mit dem Amtsbericht begonnen. Beim Amtsbericht wollte die GPK keine weitere Meinung des Gemeinderates mehr wissen. Dies zu Roger Schneider. Wir haben die Fragen schriftlich beantwortet und wie üblich war der Gemeinderat bereit, nachher noch offene Fragen zu beantworten und die GPK hat „Nein, dies brauchen wir nicht“ gesagt. Sieben Gemeinderäte haben sich Zeit genommen für die GPK und es kamen nur zwei Mitglieder der GPK. Dies ist die Arroganz, wie Urs Hess sagt. Schutzwirkung; Marc Bürgi: Du hast in Facebook geschrieben, dass der Gemeinderat der GPK keine Auskunft gebe. „Schutzwürdig“ in Anführungs- und Schlusszeichen. Bis jetzt dachte ich, dass die GPK-Mitglieder eine gewisse Schweigepflicht haben, aber nein, es gibt Leute in der GPK, die „herausproleten“. Der Gemeinderat ist immer bereit, zu reden, aber die Voraussetzungen dazu müssen stimmen.

Der Tätigkeitsbericht der GPK zum Amtsjahr 2013-2014 wird zur Kenntnis genommen.

Geschäft Nr. 2916

Interpellation der FDP-Mitte, Andrea Klein, betreffend „Asylstrategie“

Aktenhinweis

- Interpellation der FDP-Mitte, Andrea Klein, betreffend „Asylstrategie“ vom 25. November 2014

GR Emanuel Trub: Vor Beantwortung von dieser Interpellation möchte ich kurz erläutern, unter welchen Umständen diese Interpellation zustande gekommen ist. Wie sie wissen, sind die Interpellantin und ich selber Mitglieder der Behörde, welche mit der Betreuung von den uns zugewiesenen und in der Regel mittellosen Flüchtlingen befasst ist. Es wäre also ein Leichtes gewesen, diese Fragen im Rahmen unserer regelmässigen Sitzungen zu beantworten. Jetzt hat sich Andrea Klein entschieden, diese Frage für ihre Fraktion öffentlich zu formulieren, was mir wiederum angesichts der Wichtigkeit und Tragweite des Themas die Möglichkeit gibt, die Fragen öffentlich zu beantworten und damit dem Einwohnerrat einen kurzen Lagebericht zum Asylwesen zu geben. Besten Dank also für die Fragen, die ich gerne beantworte. Frage 1: *Wie viele Flüchtlinge (getrennt nach Status bzw. NEE) leben heute in Pratteln?* Stand am 23. 1. 2015: insgesamt 109 Personen. Das Soll bei Quote 0.8 % gemessen 15'500 Einwohner beträgt 124 Personen. 77 Personen werden betreut durch ABS und sind bedürftig. 37 Personen besitzen eine Bewilligung F (vorläufige Aufnahme). 22 Personen besitzen den Status N und befinden sich in einem laufenden Asylverfahren. 21 Personen haben den Status NEE (Nichteintretensentscheid) und beziehen Nothilfe. 32 Personen sind ohne Betreuung, weil sie nicht bedürftig sind. Frage 2: *Wie viele sind vom Gebäudeabbruch betroffen?* Es geht um die Zehntenstrasse 106. Das Gebäude muss nicht zwingend abgebrochen werden, aber total saniert. Es handelt sich um 10 Wohnungen mit einer Kapazität bis zu 50 Personen. Frage 3: *Werden zwischen der Gemeinde und dem Kanton konkrete Gespräche zur Aufnahme von Flüchtlingen geführt und wenn ja, welche Flüchtlinge (Status,*

*Herkunft und wieviele?) Der Kanton sucht im Auftrag des Bundes die Bundes- und Verfahrenszentren. In den Medien wurde spekuliert, ob auch Pratteln eine solche Standortgemeinde sei. Im Moment führt die Gemeinde Pratteln keine konkreten Gespräche mit dem Kanton. Der Kanton hat an Pratteln keine Anfrage gestellt. Frage 4: *Hat der Gemeinderat ein konkretes Asylkonzept ausgearbeitet, auf welches er bei der Kontingentszuteilung sofort darauf zugreifen könnte und welches auch in Zukunft anwendbar ist?* Der Gemeinderat stützt sich auf das geltende Konzept; für die Betreuung der Asylsuchenden ist eine private Leistungserbringerin beauftragt, die ABS. Angesichts der geopolitischen Lage und der zu erwartenden Zuspitzung der Lage für die Gemeinden wird der Gemeinderat demnächst die Anpassung der Strategie verabschieden. Bei einer verstärkten Zuwanderung in die Schweiz erhöht sich auch die Aufnahmequote der Kantone und Gemeinden. In diesem Fall wird die Gemeinde die Unterbringung und Betreuung zusätzlicher Flüchtlinge sicherstellen müssen. Die angemessene Unterbringung ist nur eine der Herausforderungen, welche die Gemeinde bewältigen muss. Fragen der Gesundheitsversorgung, Bildung, Sicherheit und Integration sind weitere. Frage 5: *Wo gedenkt er die Flüchtlinge kurz- und mittelfristig unterzubringen?* Die Firma ABS ist zurzeit mit der Asyl- und Flüchtlingsbetreuung beauftragt. Es bestehen entsprechende Verträge und Leistungsvereinbarungen und kurzfristig soll an diesem System nichts geändert werden. Die Flüchtlinge sind in Individualunterkünften untergebracht, die durch die ABS gemietet sind. Mittelfristig ist geplant, die Situation der Unterbringung zu überdenken. Es geht darum, zu überprüfen, ob es weiterhin Individualunterkünfte braucht oder allenfalls Kollektivunterkünfte oder eine Kombination von beidem. Im Moment können wir dies noch nicht abschliessend beurteilen und der Gemeinderat wird im Rahmen der angepassten Asylstrategie darüber entscheiden. Frage 6: *Wo werden die bereits hier wohnhaften Personen mit Asylstatus untergebracht, wenn das Wohnhaus abgerissen wird?* Es scheint noch nicht klar zu sein, ob es abgerissen oder saniert wird. Wahrscheinlich möchte die neue Eigentümerin die Liegenschaft sanieren und neu vermieten. Die Firma ABS als Mieterin hat eine Fristerstreckung erwirkt. Ein erneutes Erstreckungsgesuch bis zum 31.9.2018 ist am Gericht hängig. Die Verhandlung wird demnächst angesetzt. Frage 7: *Wie und mit welchen konkreten Massnahmen wird der Gemeinderat eine Betreuung der Flüchtlinge (Betreuung, Integration, Arbeits- und Wohnungssuche) sicherstellen?* Kurzfristig wie bisher in Individualunterkünften, gemietet durch die ABS. Langfristig sind wir am Ausarbeiten von Varianten und Möglichkeiten, über die der Gemeinderat beschliesst. Frage 8: *Wie will er die Bevölkerung informieren?* Der Gemeinderat wird alle geeigneten Informationswege nützen, um den Einwohnerrat und die Bevölkerung zeitgerecht und umfassend zu benachrichtigen. Es kann im Moment nicht ausgeschlossen werden, dass die Gemeinde in Infrastruktur zur Unterbringung von Flüchtlingen investieren muss. Derartige Projekte würden dem Einwohnerrat auf dem ordentlichen Weg unterbreitet. Frage 9: *Mit welchen Kosten ist für die Gemeinde zu rechnen (die ersten 5 Jahre und danach)?* Über die Kosten können im Moment noch keine Angaben gemacht werden, weil das Konzept noch nicht fertig ist. Es ist noch nicht klar, ob es bei den Kosten nur um Betreuungskosten geht, oder ob allenfalls mögliche Investitionen zu berücksichtigen sind. Frage 10: *Wenn der Gemeinderat kein Konzept vorliegen hat, wird er ein entsprechendes Konzept erarbeiten und es dem Einwohnerrat vorstellen? Wann?* Der Gemeinderat arbeitet weiterhin am oben erwähnten Konzept und wird dieses an die aktuelle Lage anpassen. Die Überarbeitung ist in Arbeit, beansprucht aber wesentlich mehr Zeit als ursprünglich angenommen. Wir werden bis zu den Sommerferien bereit sein, sodass eine Information nach dem Sommerferien erfolgen kann. Die Überarbeitung des Konzepts soll Aufschluss geben über: Zukünftige Entwicklung (Trends, Prognose Flüchtlingszahlen, Neuorganisation auf Bundesebene); Analyse des Istzustandes, Bestimmung des Sollzustandes; mögliche Varianten aufzeigen (Asyl und Flüchtlinge extern, teilweise extern, Verwaltung intern); Vor- und Nachteile der Varianten; klare Aussage zu den Kosten; Fragen der Unterbringung beantworten (Individualunterkunft, Kollektivunterkunft, Kombination je nach Ethnie und/oder Herkunft und Zusammensetzung der Gesellschaft; mögliche Standorte aufzeigen und das weitere Vorgehen aufzeigen, damit eine Vorstellung besteht, wie das Asylwesen in Zukunft sichergestellt werden soll. Sie sehen, dass es sich um einen Werkstattbericht handelt und wir uns mitten in der Arbeit befinden.*

://: Der Rat beschliesst stillschweigend Diskussion.

Andrea Klein: Ich danke für die ausführliche Beantwortung dieser Interpellation. Ich habe diese Interpellation eingebracht, weil bilaterale Gespräche in der Sozialhilfe eine andere Schiene darstellen, als wenn der Einwohnerrat auf offiziellem Weg informiert wird. Ich finde gut, dass sich nun Gemeinderat und Verwaltung entschieden haben, ein wirkliches Konzept auszuarbeiten. Dieses ist wichtig und stellt einen strategischen Punkt dar, wie sie auch mit Sozialhilfeklienten umgehen will und ich gespannt darauf, was wir Mitte Jahr hören werden.

Die Interpellation Nr. 2916 ist beantwortet.

Geschäft Nr. 2917

Teilrevision Jugendreglement – 1. Lesung

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 9. Dezember 2014

Das Büro schlägt Eintreten und Direktberatung vor.

GR Elisabeth Schiltknecht: Bei der Teilrevision dieses Reglements geht es hauptsächlich um Präzisierungen oder Anpassungen. Präzisierung der Bezeichnung dieser Arbeit, Präzisierung der Aufgaben und Grösse der Kommission. Hier sind wir zum Schluss gekommen, dass beim heute vorliegenden Aufgabenvolumen gut mit drei Kommissionsmitgliedern gearbeitet werden kann. Falls wieder mehr Arbeit vorliegen sollte, könnte eine Ergänzung bis auf 5 Mitglieder inclusive zuständigen Gemeinderat möglich sein. Ich bitte sie, diesen Änderungen zuzustimmen. Was die Anstellung von Personal für den Robinson-Spielplatz oder im Jugendhaus betrifft: Die Betriebskommission ist die einzige Kommission in der Gemeinde, die Personal anstellt, was heute wenig Sinn macht. Es soll künftig so sein, wie in allen Abteilungen der Gemeinde heute schon.

Diskussion zum Eintreten

Kurt Lanz: Nach Rücksprache mit Personen aus der Kommission und ausführlichen Diskussionen innerhalb der Faktion können wir der Änderung dieses Reglements so zustimmen, wie es uns der Gemeinderat vorschlägt.

Christoph Zwahlen: Die Unabhängigen und Grünen sind zu einem anderen Beschluss gekommen und haben nicht vor, auf diesen Beschluss einzutreten. Wir fragen uns, warum man so viel Aufwand macht und Geld ausgibt dafür, dass nicht das ändert, was wir gerne geändert haben wollen. Oder steckt noch irgendetwas dahinter? Diesen Verdacht haben wir, weil man das „Jugendhaus“ nicht mehr „Jugendhaus“ nennen kann. Will man es abschaffen, ersetzen oder kann es auch die Tramendstation sein? Warum x-mal den Namen ändern? „Pro Juventute“ nennt sich auch nicht um in „Pro Bambinitute“; im Wort „Jugend“ ist allen Unmündige enthalten und daher sehen wir nicht ein, warum es geändert werden soll und wollen nicht darauf eintreten.

Christian Schäublin: Die SVP-Fraktion ist für Eintreten. Wir sehen, dass es grösstenteils formelle Anpassungen sind, sehen aber auch in § 6, dass die Kompetenzen der

Kommission im Vergleich zu heute zugunsten Gemeinderat gestützt werden, was aber zugleich eine Anpassung an die anderen Kommissionen ist. Wir treten ein und stimmen dem Geschäft so zu.

Andrea Klein: Die Fraktion FDP-Mitte ist mit dem Grossteil der Änderungen einverstanden und ist auf für Eintreten. Allerdings sehen wir die Kompetenzbeschneidung in Art. 6 d als sehr einschneidend und unlogisch mit dem Einleitungssatz verbindend und würden dort gerne eine Korrektur anbringen.

GR Elisabeth Schiltknecht: Zur Frage der Grünen zur Offenen Kinder- und Jugendarbeit: Es handelt sich um einen heute in der ganzen Schweiz gängigen Begriff. In allen Kantonen setzt sich „Offene Kinder- und Jugendarbeit“ in der ganzen Schweiz im Gemeinwesen ein, damit die Kinder bzw. Jugendlichen integriert sind und grenzt sich von schulischen und verbandlichen Formen. Diese Bezeichnung gilt für Jugendarbeit, die nichts mit der Schule oder Verbänden oder Vereinen zu tun hat und man kann diese besuchen, frei von irgendwelchen Verpflichtungen, wie man sie in der Schule oder dem Verein hat. Es handelt sich um die offizielle Bezeichnung dieser Tätigkeit. „Jugendtreffpunkt“ ist die Bezeichnung, wie es heute die Jugendlichen selber nennen. Es handelt sich um ein Haus und sie selber nennen es „Jugendtreffpunkt“. Es ist nichts dahinter versteckt; es geht lediglich um eine neue Bezeichnung, wie sie heute gängig ist.

Abstimmung zum Eintreten

://: Der Rat beschliesst mit grossem Mehr Eintreten.

Diskussion zum Geschäft bzw. Lesung

§ 1 Gegenstand

§ 2 Ziele der Jugendarbeit keine Wortmeldungen

§ 3 Organisation

Christoph Zwahlen: Die Gemeinde Pratteln befindet sich in einem grossen Umbau und Umbruch. Wenn man sieht, wie viele Einwohner in Salina Raurica angesiedelt werden sollen, haben wir uns die Frage gestellt: Wenn man schon das Reglement anpasst, hätten wir gerne eine Änderung in Punkt 2 „Die Gemeinde führt die zur offenen Kinder- und Jugendarbeit erforderlichen Betriebe, namentlich *einen oder mehrere* Jugendtreffpunkt und Robinson-Spielplätze...“ Je nach Platzierung in der Gemeinde nützt es den Einen oder Anderen nichts und wenn man annimmt, dass doch einige tausend neue Einwohner kommen, die auch Kinder mitbringen, braucht es ein grösseres Angebot und „einen“ ist sehr restriktiv. Dies bedeutet nicht, dass es mehrere sein müssen, aber es ist wenigstens enthalten.

Antrag von Christoph Zwahlen

Gert Ruder: Ich danke Christoph Zwahlen für den Vorschlag und denke, dass er in sich schlüssig ist und ebenso die Begründung und bitte sie, den Vorschlag zu unterstützen.

Abstimmung über den Antrag von Christoph Zwahlen

://: Dem Antrag von Christoph Zwahlen, Unabhängige Pratteln, den Text bei § 3 Abs. 2 auf „einen oder mehrere Jugendtreffpunkte und Robinson-Spielplätze“ zu ändern, wird mit 17 Ja zu 15 Nein bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

Fortsetzung der Lesung

§ 4 Zusammensetzung

§ 5 Konstituierung keine Wortmeldungen

§ 6 Aufgaben

Andrea Klein: „Die Kommission für Jugendarbeit berät den Gemeinderat ... und ihr obliegen insbesondere folgende Aufgaben: a, b, c und d „Mitwirkung und Antragstellung bei Anstellungen“. Wenn nun „d“ ersatzlos gestrichen wird, wäre auch die Einleitung überflüssig oder falsch. Daher stellen wir den Antrag, dass „d“ im Reglement bleibt und die Kommission weiterhin eine Mitwirkung in der Personalauswahl hat, aber nicht unbedingt eine Antragstellung und somit würde „d“ neu heissen „Mitwirkung bei Anstellungen“.

Antrag von Andrea Klein

GR Elisabeth Schiltknecht: Ich bitte sie, den Antrag abzulehnen. Es ist ja genau das, was wir bis jetzt hatten und sehr mühsam war. Man kann ja nicht eine Kommission einberufen, um jemanden anzustellen, während alle anderen Personen ein normales Anstellungsverfahren mit Personalbüro und Abteilungsleitung haben und nur beim Jugendhaus bzw. Jugendtreffpunkt und dem Robinson-Spielplatz soll dies nicht so sein. Ich beantrage eher, dass man „personell“ aus der Einführung streicht. Das Verfahren verlangt, dass wir haben auf der Gemeinde Personen, die ausgebildet sind, Personal anzustellen und die Kommission ist dazu nicht nötig. Dies war früher so, als es noch keine Abteilungsleitung gab und wir nicht so gut organisiert waren wie heute.

Urs Hess: Ich finde es schlecht, wenn man in der Einführung „personelle Beratung“ streicht. Für das setzt ja der Gemeinderat die Kommission ein, damit er nicht immer selber dabei sein muss. Die Leute der Kommission sind nah bei den Jugendhausleitern und wissen, was vor sich geht und gerade hier sollen sie doch dem Gemeinderat einen Tipp geben können und gerade diese personelle Beratung des Gemeinderates darf nicht gestrichen werden. „Mitwirkung bei der Anstellung“ erscheint mir auch nicht optimal, weil die Kommission ja niemanden anstellen kann, aber dem Gemeinderat einen Antrag stellen. Wenn man will, dass sie bei einer Anstellung weiterhin mitwirken, sollte man den alten Absatz so bestehen lassen, wie er ist.

Christoph Zwahlen: Es kann ja nicht sein, nur weil jemand es mühsam findet, es nicht so zu machen, dass es sinnvoll ist. Wenn es die einzige Abteilung ist, die dies so macht, so ist es kein Grund, dies abzuschaffen. Jede Abteilung ist anderes und was Urs Hess gesagt hat, kann ich voll unterstützen. Gerade in der Zusammenarbeit der Personen, die mit Kindern und Jugendlichen umgehen, ist wichtig, dass es harmoniert und dass sie einen Vorschlag für die Stellenbesetzung machen können oder melden, wenn etwas nicht stimmt. Dies ist dringend wichtig, denn sonst merken die Jugendlichen sehr schnell, dass es Spannungen gibt, was sie geschickt ausnützen. Das Reglement ist nicht alt; es stammt aus dem Jahr 2008.

Andrea Klein: Das Anstellungs- und Auswahlverfahren kann ohne Probleme durch die Verwaltung erledigt werden. Die Formulierung „Mitwirkung bei Anstellungen“ entspricht auch der Gemeindeordnung § 22 Abs. 4 betreffend der Sozialhilfebehörde, die auch eine Mitwirkung hat. Wie sie dies ausgestaltet ist eine Frage der Kommunikation. Schlussendlich muss ich sagen, dass es auch schon Fälle gegeben hat, in denen die eine oder andere Behörde froh darum war, dass sie dezidiert sagen konnte, was gut oder eben nicht gut war und wir dürfen dies der Kommission nicht wegnehmen.

Mauro Pavan: Ich rede nicht für die Fraktion, sondern für mich persönlich. Ich habe vorhin schon dazu tendiert, dieser Streichung nicht zuzustimmen und soeben wurde ich überzeugt. Wenn es schon in der Gemeindeordnung steht, warum nicht? Ich finde es sinnvoll.

GR Elisabeth Schiltknecht: Wir reden von einer Betriebskommission und nicht von einer Behörde wie einer Sozialhilfebehörde. Eine Behörde hat ganz andere Befugnisse und hier geht es um die Mitarbeiter zweier Betriebe, die räumlich nicht direkt auf der Verwaltung angesiedelt sind. Die Auswahl wird auf der Verwaltung durchgeführt, die Leute werden dort von den Personalfachleuten geprüft und die Kommission wird noch befragt. Die Kommission kann ja höchstens noch mitwirken, wenn man ihnen die Unterlagen zustellt. Ist die richtig, wenn schon die Abteilungsleitung, das Personalbüro und die Leitung vom Jugendtreffpunkt oder Robinson-Spielplatz beteiligt waren, muss nun eine Kommission die Unterlagen noch anschauen. Der Gemeinderat schaut auch nicht aller Personen an, die wir auf der Gemeinde anstellen; wir erhalten Anträge. Früher gab es keine Abteilungsleitungen und wir waren nicht so strukturiert, wie wir heute sind. Von dort her war die Betriebskommissionen damit ausgestattet, dass sie das Personal von der Ausschreibung bis zur Anstellung auswählen und Antrag stellen konnte. Dies ist heute ganz anders und ich bitte euch, dieser Vereinfachung zuzustimmen, damit das Verfahren so läuft wie für alle Anderen auf der Gemeinde.

Abstimmung über den Antrag von Andrea Klein

://: Dem Antrag von Andrea Klein, FDP-Mitte, dass bei § 6 Abs. 2 d. „Mitwirkung bei Anstellungen“ heissen soll, wird mit grossem Mehr zugestimmt.

Fortsetzung der Lesung

§ 7 Sekretariat keine Wortmeldung

§ 8 Aufgaben

Marc Bürgi: Durch die vorherige Änderung in § 3 stelle ich den Antrag, dies (Anpassung an die Mehrzahl) in § 8 Abs. a und b ebenfalls zu machen. *Antrag von Marc Bürgi*

Urs Hess: Es geht ja nur darum, weil wir vorne nun die Mehrzahl haben, hinten auch die Mehrzahl zu schreiben. Dies kann man auch in die bereinigte Fassung für die 2. Lesung hineinschreiben und ist viel einfacher, als jetzt abzuwarten.

Abstimmung über den Antrag von Marc Bürgi

://: Dem Antrag von Marc Bürgi, FDP-Mitte, den Text bei § 8 Abs. 2 a. und b. analog der Änderung bei § 3 Abs. 2 anzupassen, wird mit grossem Mehr zugestimmt.

Fortsetzung der Lesung

§ 9 Personal

§ 10 Aufhebung bisherigen Rechts

§ 11 Referendum und Inkrafttreten keine Wortmeldungen

Die 1. Lesung ist abgeschlossen.

Fragestunde

Frage 1

„Auswirkungen des Euro-Wechselkurses auf die Gemeinde Pratteln“ (Kurt Lanz, SP-Fraktion)

GR Max Hippenmeyer: Der Euro-Wechselkurs hat primär keine Auswirkungen auf die Finanzen der Gemeinde Pratteln, weil die Gemeinde weder Schulden noch Guthaben in Euro in ihrer Bilanz führt. In zweiter Linie wird es Auswirkungen geben, auf die wir keinen Einfluss haben, indem Importeure von beispielsweise Büromaterial ihre Preise nach unten anpassen und wir dementsprechend günstiger einkaufen.

Kurt Lanz: Ich danke GR Max Hippenmeyer für die Beantwortung. Ich nehme an, dass der Gemeinderat nicht selber im Euroraum einkaufen wird, um vom günstigen Euro zu profitieren.

Die Frage ist beantwortet.

Die Sitzung wird um 20.40 Uhr beendet.

Pratteln, 20. Februar 2015

Für die Richtigkeit

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident

Das Einwohnerratssekretariat

Benedikt Schmidt

Joachim Maass